

**Antrag Nr. 1**

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]  
an die 166. Vollversammlung am 25.05.2016 der Arbeiterkammer Wien**

## **Mehr Ressourcen, mehr Zeit, mehr Geld und mehr Personal in der Wiener Flüchtlingsbetreuung!**

### **Unterbringung**

Noch immer haben viele Flüchtlingsunterkünfte den Charakter von Notquartieren. Zurzeit werden Quartiere und größere Unterkünfte aufgelöst, der Trend geht jedoch zu neuen Massenquartieren. Notunterkünfte (zB. die Unterkunft im Ferry Dusika-Stadion oder die Vordere Zollamtstrasse in Wien Landstrasse) werden schrittweise aufgelöst, Häuser müssen zurückgegeben werden (etwa das Kolpinghaus Bendlgasse in Wien Meidling), oder die weitere Nutzung ist fraglich (etwa beim ehemaligen Hotel "Favorita", wo die Verkaufsverhandlungen zwischen Bank Austria und dem Fond Soziales Wien vorerst gescheitert sind und ein mit September 2016 befristeter Mietvertrag besteht).

Dieser Trend verunsichert hunderte KollegInnen, die in diesem Bereich beschäftigt sind und viele der Flüchtlinge. Dazu kommt der Trend zu neuen Massenquartieren (etwa der Siemenstrasse in Wien 21 oder der Ziedlergasse in Wien 23.)

Die AK Wien spricht sich deutlich gegen die Hetze der FPÖ und anderen gegen Flüchtlingsheime in den betroffenen Bezirken aus. Die AK Wien ist nicht gegen neue Flüchtlingsheime an sich. Sie spricht sich für mehr Kleinunterkünfte (max. rund 200 BewohnerInnen) aus. Diese haben sich für allen Beteiligten (Flüchtlinge, Nachbarn, BetreuerTeam, Instandhaltungsteam, Küche usw) als eine gute Form herausgestellt.

Im Herbst 2015 kamen viele Geflüchtete zu uns. In der Zwischenzeit wäre es möglich gewesen, neue Unterkünfte zu bauen. Damit ist jetzt zu beginnen. Die Ausstattung sowie der Umbau bestehender Quartiere und der Bau neuer Unterkünfte würden tausende Jobs in der Baubranche schaffen. Eine gute Versorgung, Instandhaltung, Betreuung und Reinigung der Quartiere würde wieder tausenden Menschen - auch vielen Flüchtlingen - nach Kollektivvertrag bezahlte Jobs geben.

### **Versorgung**

Die bei uns lebenden Flüchtlinge müssen medizinisch gut versorgt werden. Schulpflichtige Kinder und Jugendliche müssen unterrichtet werden. Diese einfachen Tatsachen stellen große Herausforderungen für das Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen dar. Trotz vieler neuer Aufgaben gibt es nur wenig neues Personal. Mit einer entsprechenden Aufstockung der Budgets könnten PädagogInnen, SanitäterInnen, ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen und andere KollegInnen entlastet und wieder neue Jobs geschaffen werden. Da muttersprachliche Angebote für beide Seiten ein großer Vorteil sind, könnten insbesondere für MigrantInnen neue anspruchsvolle Tätigkeitsfelder geschaffen werden. KollegInnen mit Muttersprachen aus Flüchtlingsherkunftsländern tragen entscheidend zur Flüchtlingsbetreuung bei. Übersetzungsarbeit im Betreuungsalltag muss daher honoriert und vergütet werden.

## **Betreuung**

Es braucht mehr Betreuungszeit. Im Wiener Flüchtlingsbereich gehen die Anforderungen längst über die schnelle Alltagsversorgung (Essen, Schlafen, Hygiene und erste Hilfe) hinaus. Es ist daher für BetreuerInnen und für Geflüchtete grob fahrlässig, wenn einzelne KollegInnen hunderte Menschen zu betreuen haben. Dazu kommt: Die persönlichen Ziele der Betroffenen und die Ansprüche der Gesellschaft an die Flüchtlingsbetreuung sind sehr hoch. Es geht um Arbeit, Bildung, Sicherheit, Deutschkenntnisse und Integration. Mit den aktuellen Ressourcen und dem derzeitigen Betreuungsschlüssel ist es unmöglich diese Anforderungen zu erfüllen. Zurzeit werden im Flüchtlingsbereich in vielen Institutionen die gängigen Standards im Sozialbereich unterlaufen. Dies gilt besonders für die betroffenen Kollektivverträge (SWÖ-, Diakonie-, Caritas-, FSW-KV u.a.). Die oftmals nicht adäquate Einstufung von NotquartierleiterInnen und eigenverantwortlichen BetreuerInnen wie auch z.B. der oft fragwürdige Umgang mit Arbeitnehmerschutz stellt eine Unterwanderung der arbeitsrechtlichen Standards im Sozialbereich dar. Sie ist außerdem ein massiver Geldverlust für die betroffenen KollegInnen. Dazu kommt: bei vielen KollegInnen werden Ausbildungen und Vordienstzeiten nicht oder zuwenig berücksichtigt.

Zurzeit wenden Arbeitgeber unterschiedliche Standards bei den Zulagen an. Obwohl die Betreuung von traumatisierten, unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen eine besondere Erschwernis darstellt, erhalten viele KollegInnen nur 50% der SEG-Zulage. Auch für BetreuerInnen von Erwachsenen muss die volle Zulage sichergestellt werden.

Zivildienstler werden oft zum Ersatz des Stammpersonals eingesetzt. Diese Praxis dient dazu, Personalkosten einzusparen und die Löhne und Gehälter der KollegInnen nach unten zu drücken. Es ist eine unnötige Gefährdung der Geflüchteten und der Zivildienstler selbst, wenn diese alleine in Krisensituationen agieren müssen. Es ist oft eine zu große psychische Belastung von meist sehr jungen und nicht dafür ausgebildeten Menschen, wenn sie schwierige Dienste (etwa in der Nacht) in Unterkünften machen müssen. Dazu kommt, dass Zivildienstler kein Anrecht auf Supervision haben.

## **Keine Verschlechterungen!**

In Österreich besitzen 1% der Bevölkerung 710 Milliarden Euro an Grund und Vermögen (lt. Attac Österreich Vermögens- und Schuldenuhr), dort ist das Geld für die Lösung der momentanen Aufgaben zu holen. Die AK Wien bekräftigt in diesem Zusammenhang ihre Beschlüsse vom November 2015 und fordert eine menschliche Asylpolitik. Wer nicht will, dass tausende Menschen in Bürgerkriegsländern fest stecken, Tausende im Mittelmeer oder in Kastenwägen sterben, der muss entschieden gegen die Politik der Grenzzäune, der Obergrenzen und der unmenschlichen Abschiebungen sein.

Die herrschende politische Elite und die Unternehmer nutzen den Zuzug für Lohndruck und Sozialabbau, wir halten diesen Angriffen die Solidarität aller ArbeitnehmerInnen und den gemeinsamen Kampf für höhere Löhne und bessere Sozialstandards entgegen.

## **Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:**

Mehr Ressourcen, mehr Geld und bessere Quartiere in der Flüchtlingsbetreuung: Tausende gute und korrekt bezahlte Jobs schaffen durch eine menschliche Unterbringung, Versorgung und Betreuung:

- Die AK Wien sagt Nein zu Massenquartieren und verlangt den Neubau bzw. die Neueinrichtung von geeigneten, menschwürdigen Unterkünften, sowie den Ausbau und Umbau (inklusive einer Verbesserung der Ausstattung) bestehender Asylquartiere.
- Wo Notquartiere zurückgegeben werden müssen, müssen entsprechende Ersatzunterkünfte gefunden oder geschaffen werden.
- Die Schließung von Unterkünften darf nicht zu Personalabbau und Arbeitsverdichtung führen.
- Die AK Wien fordert ausreichend Personal für den Umbau, die Reinigung, die Instandhaltung, die Versorgung und die Betreuung im Flüchtlingsbereich
- Schulen, Krankenhäuser, Sozial- und Jugendeinrichtungen usw. müssen mehr Personal bekommen!
- Wo mit erwachsenen Flüchtlingen gearbeitet wird, ist ein Betreuungsschlüssel von 1 zu 25 ein wichti-

ges Ziel. Wo mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gearbeitet wird soll der Betreuungsschlüssel 1:11 sein.

- Die AK Wien bekämpft jeden Personalabbau in den Betreuungsorganisationen. Sie fordert alle Betreuungsorganisationen auf, Personalabbau zu unterlassen und fordert von der Stadt Wien die Bereitstellung der notwendigen Geldmittel, um einen für Personal und Flüchtlinge sinnvollen Personalstand zu erreichen.
- Die AK Wien fordert eine Überprüfung und gegebenenfalls Richtigstellung aller KV-Einreihungen.
- Die AK Wien fordert eine Überprüfung aller Vordienstzeiten und Ausbildungen und gegebenenfalls eine Richtigstellung aller KV-Einstufungen.
- Die AK Wien will einheitliche Standards bei Zulagen und Zuschlägen. Generell sollte aufgrund der hohen Belastung die SEG-Zulage zur Gänze ausbezahlt werden, insbesondere KollegInnen in Quartieren mit unbegleitenden minderjährigen Flüchtlingen bekommen derzeit oft weniger, und müssen rasch auf 100% SEG-Zulage angeglichen werden.
- Die AK Wien wendet sich entschieden gegen den Ersatz von BetreuerInnen, SozialarbeiterInnen, HandwerkerInnen, Büro und Küchenpersonal durch Zivildienstler. Zivildienstler sind eine wichtige zusätzliche Unterstützung und keine billigen Ersatzarbeitskräfte.